



Projektländer: Jordanien, Syrien, Libanon

Quartal / Jahr: Oktober bis Dezember 2009

1. Schlagzeilen:

1.1 Jordanien

- König Abdullah II. von Jordanien löst das Abgeordnetenhaus auf und entlässt wenig später die Regierung und den Senat, die zweite Kammer des jordanischen Parlaments
- Türkischer Staatspräsident Abdullah Gül auf Staatsbesuch in Jordanien
- Jordanischer Doppelagent sprengt sich zusammen mit sieben Mitarbeitern des amerikanischen Auslandsnachrichtendienstes CIA in Afghanistan in die Luft

1.2 Libanon

- Neue Regierung fünf Monate nach den Wahlen endlich im Amt - Saad Hariri neuer Premierminister im Libanon

1.3 Syrien

- Syrien und Jordanien unterzeichnen eine Reihe von Handelsabkommen und vereinbaren Erleichterungen im Reiseverkehr mit dem Ziel, die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder weiter zu verbessern

2.1 Jordanien:

Per Dekret hat König Abdullah II. von Jordanien am 23. November 2009 das jordanische Parlament aufgelöst. Das aus den Wahlen vom 20. November 2007 hervorgegangene Parlament, das fünfzehnte in der 43-jährigen Geschichte des Landes, hatte in den letzten Wochen und Monaten vor seiner Auflösung immer mehr nur noch dadurch von sich Reden gemacht, als dass es wichtige Gesetzesvorhaben wie z. B. den Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes oder den Entwurf eines seit zwei Jahren angekündigten Energiegesetzes verzögert und damit die Politik der Regierung zunehmend behindert hat. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung hinsichtlich Qualität und Effektivität der Arbeit des Parlaments in Verbindung mit dem sich zunehmend verstärkenden Eindruck, dass nicht wenige Parlamentarier persönliche Interessen über die Interessen des Landes stellten, dürften die Entscheidung des Königs ebenso beeinflusst haben wie der Umstand, dass die sich zunehmend verschlechternde wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes mehr denn je ein starkes Parlament, das sich dem Wohl des Landes verpflichtet fühlt, benötigt.

Die nach der Auflösung des Parlaments notwendigen Neuwahlen werden erst für das IV. Quartal 2010 erwartet. Vor Festlegung eines endgültigen Wahltermins sollen erst die Weichen in Bezug auf die Umsetzung des seit längerem geplanten Dezentralisierungsvorhabens in Verbindung mit der Wahl der Provinzräte in den 12 Gouvernements gestellt und darüber hinaus ein neues Wahlgesetz verabschiedet werden, über dessen Ausgestaltung aktuell noch heftig diskutiert wird. Zwischen den Vor- und Nachteilen eines Mehrheits- bzw. Verhältniswahlrechtes gilt es in den kommenden Wochen sorgsam abzuwägen.

Während in der Öffentlichkeit und in den Medien noch über die Gründe der trotz vieler Spekulationen doch überraschend gekommenen Auflösung des Parlaments diskutiert wurde, entließ König Abdullah II. am 09. Dezember 2009 auch die Regierung, die bis dahin von Premierminister Nader al-Dahabi geführt worden war und die dieser im Februar 2009 noch mit dem Ziel umgebildet hatte, den zunehmenden Herausforderungen durch die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise besser begegnen zu können. Zwar hat Premierminister Dahabi seinen Rücktritt und den Rücktritt der von ihm geführten Regierung dem König angeboten, doch kann davon ausgegangen werden, dass dieser mit seinem Rücktritt lediglich seiner Entlassung zugekommen ist. Das am 10. Dezember 2009 in der englischsprachigen Jordan Times veröffentlichte Schreiben des Königs, das dieser aus Anlass des Rücktritts der alten Regierung an den scheidenden Premierminister gerichtet hatte, stellte der entlassenen Regierung alles andere als ein gutes Zeugnis aus. Neben diplomatisch ausgesprochenem Dank für geleistete Dienste konnte man dort auch vom 'Bemühen' sowie dem 'begrenzten Potential' der alten Regierung lesen. Was der jordanische Monarch mit diesen Worten mehr oder wenig diplomatisch umschrieben hat, muss nicht weiter erläutert werden.

Noch am Tag der Entlassung bzw. des Rücktritts des bisherigen Premierministers hat König Abdullah II. den aus der Privatwirtschaft kommenden Samir al-Rifai zum neuen Premierminister ernannt und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Samir Rifai, 43 Jahre alt und damit 20 Jahre jünger als sein Vorgänger im Amt, kommt aus einer angesehenen und bekannten Familie. Er hat in Harvard (USA) und Cambridge (Großbritannien) Politikwissenschaften studiert und wurde 1999 Generalsekretär sowie 2003 schließlich Minister am Königlichen Hof. Im April 2005 hat Abdullah II. ihn zu seinem Berater ernannt. Bereits sechs Monate später wechselte er als Chief Executive Officer (CEO) zur Investmentgesellschaft 'Jordan Dubai Capital' und damit in die Privatwirtschaft. Sein Vater, Zeid al-Rifai, war bis zum 12. Dezember 2009 Präsident des vom König ernannten Senats, der zweiten Kammer des jordanischen Parlaments, sowie 1973 und 1985 zweimal, sein Großvater, Samir al-Rifai, in den 50er- und 60er-Jahren sogar sechsmal jordanischer Premierminister.

Am 14. Dezember 2009 wurde die neue Regierung unter der Führung von Premierminister Samir Rifai vom König vereidigt. Es ist dies bereits die siebte Regierung, in der gerade einmal knapp elfjährige Zeit der Regentschaft von König Abdullah II.

Das Kabinett, das insgesamt 29 Minister umfasst, setzt sich aus 16 neuen Ministern sowie aus 13 Ministern, die bereits der Vorgängerregierung angehört haben, zusammen. Die Zahl der weiblichen Minister hat sich von bisher vier auf zwei halbiert. Die bisherige Sozialministerin, Hala Latouf, sowie die Ministerin für Tourismus und Antiquitäten, Maha Khatib, behielten ihre Ämter. Einzig der bisherige Umweltminister, Khaled Irani, wechselte das Ressort. Er steht künftig dem Ministerium für Energie und Bodenschätze vor, während der neue Umweltminister, Hazem Malhas, neu in der Regierung und ein bisher unbeschriebenes Blatt ist.

Seit der Ernennung der neuen Regierung ist ein neuer Begriff, der 'Code of Conduct', in aller Munde. Der 'Code of Conduct', der von allen Ministern der neuen Regierung unterzeichnet werden musste, kann als eine Art Ehrenkodex bezeichnet werden, der die Regierungsmitglieder u. a. auf die Einhaltung moralischer Werte wie Integrität und Transparenz bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet. Dies beinhaltet auch das Verbot, private mit dienstlichen Interessen zu vermischen. Darüber hinaus macht er das regelmäßige Ablegen von Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit, d. h. völlige Transparenz, zur Pflicht. Dass etwas an sich Selbstverständliches festgeschrieben und in der Folge auch öffentlich gemacht wird, lässt in Bezug auf die bisherige Wahrnehmung politischer Ämter tief blicken.

Zwei Tage vor der Vereidigung der neuen Regierung und drei Tage nachdem der jordanische Monarch Samir Rifai mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt hatte, trat am

12. Dezember 2009 dessen Vater, Zeid Rifai, vom Amt des Senatspräsidenten zurück. König Abdullah II. nahm dies zum Anlass, am 17. Dezember 2009 auch die Mitglieder der zweiten Kammer des jordanischen Parlaments zu entlassen. Zeitgleich ernannte er 55 neue Senatsmitglieder, darunter den bisherigen Premierminister Nader Dahabi sowie sieben weitere frühere Premierminister und den bisherigen Sprecher des Abgeordnetenhauses, Abdul Hadi Majali. Mit der Ernennung des Letztgenannten sowie des früheren Premierministers Abdur-Ra'uf S. Rawabdeh zu Senatoren, hat der König unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er es nicht wünscht, dass die beiden Vorgenannten, die in den zurückliegenden Jahren zu den einflussreichsten Kritikern seiner Politik gezählt haben, bei der Wahl zum nächsten jordanischen Parlament noch einmal antreten (sollten beide dennoch antreten, d. h. vor den Wahlen aus eigenem Wunsch aus dem Senat ausscheiden, so gilt ihre Wiederwahl jedoch als sicher). Dem neuen Senat gehören darüber hinaus sieben Frauen sowie vier Vertreter jordanischer Parteien an. Zum Präsidenten des Senats ernannte König Abdullah II. den früheren Premierminister Taher Masri.

Politische Analysten sehen in der Auflösung des Parlaments sowie in der Entlassung der Regierung und des Senats ein deutliches Zeichen dahingehend, dass der jordanische König einen umfassenden Politikwechsel wünscht – einen Politikwechsel, der sowohl die Innenpolitik (Umsetzung des Dezentralisierungsvorhabens sowie die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes) als auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik (Reduzierung der im vergangenen Jahr deutlich gestiegenen Verschuldung – und hier insbesondere der Inlandsverschuldung – sowie Modernisierung und Wiederbelebung der Wirtschaft) umfassen soll.

Die Herausforderungen der neuen Regierung sind vielfältiger Natur. Zuvorderst bedarf die jordanische Wirtschaft einer baldigen Wiederbelebung. Eine kluge, d. h. weitsichtige Geld- und Steuerpolitik muss in Verbindung mit einem auf Sicherheit und Stabilität basierenden Investitionsklima für Wachstum sorgen, und zwar für Wachstum, das in der Folge nicht nur Arbeitsplätze sichert, sondern neue Arbeitsplätze schafft. In den kommenden Jahren werden Jahr für Jahr bis zu 85.000 Universitäts- und Schulabgänger auf den jordanischen Arbeitsmarkt drängen – und das zu einem Zeitpunkt, zu dem die neue Regierung angesichts der schwierigen Haushaltslage und der ausufernden Verschuldung bereits hat verlauten lassen, dass der Staat zumindest im kommenden Jahr im öffentlichen Bereich keine neuen Arbeitsplätze schaffen wird (wobei der Staat bereits heute weit mehr Menschen beschäftigt als er für die Erfüllung seiner Aufgaben benötigt). Wenn man diese Zahlen bei einem für 2010 erwarteten Wirtschaftswachstum von 4% p.a. vergleicht mit denen der Jahre vor 2009, als angesichts eines durchschnittlichen Wachstums von 5% p.a. durchschnittlich 55.000 Arbeitsplätze im privaten und öffentlichen Sektor pro Jahr geschaffen worden sind, so lässt dies wenig Gutes für den jordanischen Arbeitsmarkt des Jahres 2010 vermuten (zumal die aktuelle offizielle Arbeitslosenquote mit 12,9% sowie der vermutlich realistischere Wert, der jenseits der 20%-Marke liegen dürfte, alles andere als niedrig ist). In welcher Form die neue Regierung den sich abzeichnenden sozialen Herausforderungen begegnen möchte, ist vor dem Hintergrund der schwierigen Haushaltslage in 2010 derzeit nicht erkennbar. Der bereits von der neuen Regierung verabschiedete Haushaltsentwurf für das Jahr 2010 sieht Ausgaben in einer Höhe von 5,46 Mrd. JOD (ca. 5,5 Mrd. Euro) vor. Der Entwurf für 2010 geht hierbei von einem Haushaltsdefizit in Höhe von 685 Mio. JOD aus (2009 insgesamt 1,178 Mrd. JOD), was 3,9% des Bruttonationalprodukts (BNP) entspricht (2009 insgesamt 7,3% des BNP von 2009). Immerhin haben die USA bereits verlauten lassen, dass sie Jordanien auch in 2010 mit insgesamt 660 Mio. US-Dollar (ca. 450 Mio. JOD) unterstützen werden (die allerdings bei den oben genannten Zahlen bereits berücksichtigt sind, anderenfalls das oben genannte Haushaltsdefizit noch deutlich größer wäre).

Die Gesamtverschuldung Jordaniens beläuft sich zum Ende des Jahres 2009 auf rund 9,5 Mrd. JOD bzw. 9,5 Mrd. Euro. Während sich die Auslandsverschuldung gegenüber dem

Vorjahr nur unwesentlich von 3,64 Mrd. JOD auf 3,67 Mrd. JOD erhöht hat, ist die Inlandsverschuldung um mehr als 17% von 4,91 Mrd. JOD auf 5,76 Mrd. JOD gestiegen.

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül weilte in der Zeit vom 01. - 03. Dezember 2009 auf Staatsbesuch in Jordanien. Er folgte damit einer Einladung des jordanischen Monarchen und dessen Frau. Im Vordergrund des Besuches stand der Abschluss einer Reihe von Handelsabkommen zwischen beiden Ländern. Darüber hinaus unterzeichneten beide Seiten ein Freihandelsabkommen und vereinbarten, ab Januar 2010 gegenseitig auf die Visapflicht zu verzichten.

Die Entwicklung der Außenpolitik der Türkei, als deren Architekt der 50-jährige türkische Außenminister Ahmed Davutoglu gilt, geht seit dem Krieg im Gazastreifen mit einer deutlichen Abkühlung der Beziehungen zu Israel einher. Der 'Professor', der Davutoglu von Haus aus ist, ist seit 2002 außenpolitischer Berater des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan. Im Mai 2009 wurde er von Ministerpräsident Erdogan zum Chefdiplomaten der Türkei ernannt. Die Partnerschaft der Türkei mit dem Irak und mit Syrien (der syrische Staatspräsident Baschar al-Assad stattete der Türkei 2009 einen Staatsbesuch ab), die türkischen Vermittlungsversuche zwischen Syrien und Israel 2008 in Istanbul sowie die Versuche der Aussöhnung mit Armenien und der Stabilisierung des Kaukasus tragen zweifelsfrei die Handschrift von Ahmed Davutoglu. Die guten Kontakte der Türkei zu Syrien sowie der Versuch des Aufbaus guter Kontakte zu Iran werfen im Westen und bei mit dem Westen verbündeten Staaten allerdings auch die Frage auf, welche Ziele die Türkei mit ihrer Außenpolitik verfolgt. Dies gilt insbesondere für die USA und Israel, dessen Staatspräsident Shimon Peres der türkische Ministerpräsident im Januar 2009 im Rahmen einer Podiumsdiskussion auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos heftig angegriffen hatte, als er Israel in Verbindung mit dem Krieg in Gaza u. a. den unverhältnismäßigen Einsatz von Gewalt sowie Mord an unschuldigen Kindern und Frauen vorgeworfen hat. Die Türkei ist Mitglied der Nato und bewirbt sich seit Jahren um die Aufnahme in die EU. Sie versteht sich selbst nicht nur als Regionalmacht zwischen Europa und dem Nahen Osten, sondern vielmehr und zunehmend auch als Global Player. Sie weist 'neo-osmanische' Tendenzen genauso zurück wie sie dementiert, dass ihr stärkeres Engagement im Nahen Osten die Konsequenz der Zurückweisung durch Europa in Bezug auf eine Mitgliedschaft in der EU ist.

Der Umstand, dass mit Humam Khalil Abu-Mulal al-Balawi ein jordanischer Staatsbürger (im übrigen aus der gleichen jordanischen Stadt Zarqa kommend wie der frühere Statthalter Osama bin Ladens im Irak, Abu Musab al-Zarqawi, der im Juni 2006 im Rahmen einer Anti-Terror-Aktion der amerikanischen Streitkräfte im Irak getötet worden war) für den Tod von sieben Mitarbeitern der CIA am 30. Dezember 2009 auf einem US-amerikanischen Stützpunkt in der afghanischen Provinz Ghost verantwortlich war, hat die jordanische Öffentlichkeit, aber auch die Regierung und die Sicherheitsdienste, erschüttert. Während man unmittelbar nach Bekanntwerden des Anschlags noch hoffte und auch öffentlich die Auffassung vertreten hat, dass es sich bei dem Attentäter um keinen jordanischen Staatsbürger gehandelt hat, hat man dies wenige Tage später als Faktum anerkannt (wohl auch, weil jedes weitere Abstreiten dieser Tatsache, über die in allen internationalen Rundfunk- und TV-Medien berichtet wurde, die Glaubwürdigkeit der jordanischen Regierung nur noch mehr beschädigt hätte). Nicht wenige Jordanier haben erst durch diesen Vorfall von der engen Zusammenarbeit Jordaniens bzw. des jordanischen Geheimdienstes Mukhabarat mit den USA im Kampf gegen den Terror Kenntnis erlangt. Gleiches gilt auch für die Tatsache, dass eine offenbar zunehmende Zahl jordanischer Staatsbürger freiwillig auf Seiten der Taliban und der Al Qaida gegen die US-Streitkräfte in Pakistan und Afghanistan kämpft. Der jordanische Geheimdienst war es auch, der al-Balawi rekrutierte und mit den USA in Verbindung gebracht hat. Neben dem Attentäter und den sieben CIA-Experten ist auch der jordanische Führungsoffizier des Attentäters, Hauptmann Sharif Ali Bin Zaid, ein entfernter Cousin des

jordanischen Königs Abdullah II. und damit ein Mitglied des jordanischen Königshauses, ums Leben gekommen. Er wurde wenige Tage nach dem Anschlag mit militärischen Ehren im Beisein von König Abdullah II. und Königin Rania, dem neuen Premierminister Samir al-Rifai sowie einer Reihe weiterer hoher und höchster Vertreter des königlichen Hofes sowie der Streit- und Sicherheitskräfte auf dem königlichen Friedhof beigesetzt. Es handelte sich bei dem Anschlag in Afghanistan um den schwersten Verlust für die CIA seit dem Anschlag auf einen Militärstützpunkt der US-Amerikaner in Beirut im Jahre 1983, bei dem u. a. acht Mitarbeiter der CIA ums Leben gekommen waren. Der Vorfall ist gleich in mehrfacher Hinsicht für die USA und Jordanien peinlich. Zum einen stellt sich die Frage, wie der vermeintliche Doppelagent ohne Durchsuchung den amerikanischen Stützpunkt 'Forward Operation Base Chapman' hat betreten können und zum anderen bringt er Jordanien insofern in Bedrängnis, als dass dieses den Agenten nicht nur geführt hat, sondern auch gegen Glaubensbrüder, d. h. Muslime, eingesetzt hat. Insbesondere letzteres stößt bei der jordanischen Bevölkerung palästinensischer Abstammung, die in großen Teilen amerikafeindlich eingestellt ist, auf Unverständnis. Der Mitteilung des jordanischen Informationsministers Nabil Sharif, dass jordanische Agenten grundsätzlich nicht an Einsätzen gegen Glaubensbrüder beteiligt sind, wird insofern nur von wenigen jordanischen Bürgern Glauben geschenkt.

Nur wenige Tage nach der Beisetzung von Sharif Ali Bin Zeid in Amman hat in Irbid – der nach Amman und Zarqa drittgrößten Stadt Jordaniens nahe der Grenze zu Syrien gelegen – eine Gedenkveranstaltung für ein jordanisches Mitglied der Al-Qaida stattgefunden, das bei einem Drohnen-Angriff amerikanischer Streitkräfte im Grenzgebiet zwischen Pakistan und Afghanistan getötet worden war. Hierbei soll nach jordanischen Presseberichten eine beträchtliche Zahl von "Männern mit langen Bärten" der Familie des Getöteten ihr Mitleid ausgesprochen haben. Der Vater des Getöteten wurde in der jordanischen Presse mit den Worten zitiert: „Ich bin stolz auf meinen Sohn und darauf, dass er als Märtyrer im Kampf gegen die Amerikaner zu Tode gekommen ist“. Die meisten der bekannten jordanischen Anhänger der Al-Qaida kommen aus den Städten Zarqa und Irbid.

Die Muslimbrüder in Jordanien haben zu Beginn des Jahres 2010 die jordanische Regierung zum wiederholten Male aufgefordert, ihre engen Beziehungen zu den USA aufzugeben. Unter der Überschrift "Das ist nicht unser Krieg" forderten sie eine Beendigung der Zusammenarbeit mit Israel, eine Beendigung der Zusammenarbeit jordanischer Sicherheitskräfte mit den USA sowie den Rückzug der jordanischen Sicherheitskräfte aus Afghanistan (die es nach einer Mitteilung der jordanischen Regierung dort angeblich nicht gibt). Der frühere Vorsitzende der Islamischen Aktionsfront - IAF (die IAF ist der politische Arm der jordanischen Muslimbrüder), Zaki Saad, hat Anfang Januar 2010 in der jordanischen Presse die Auffassung vertreten, dass die zunehmende Verärgerung der Bevölkerung über die Politik der jordanischen Regierung und die Marginalisierung islamischer Gruppen wie der IAF radikale junge Jordanier regelrecht in die Arme der Al-Qaida treibt. In diesem Zusammenhang betonte er, dass al-Balawi nicht der erste und mit Sicherheit auch nicht der letzte Jordanier war, der durch Anschläge gegen die USA und Israel von sich Reden gemacht hat.

Die Worte Zaki Saads waren noch nicht verhallt, ist es am 14. Januar 2010 auf der Straße von Amman ans Tote Meer – in der Nähe der Stadt Naour, 13 km westlich von Amman – zu einem Sprengstoffanschlag auf zwei mit israelischen Diplomaten besetzte Fahrzeuge gekommen, die sich auf dem Weg zum jordanisch-israelischen Grenzübergang 'Allenby Bridge' befunden hatten. Während sich nach jordanischen Angaben unter den Diplomaten auch der israelische Botschafter in Jordanien, Dani Nevo, befunden haben soll, wird dies seitens des israelischen Außenministeriums nachdrücklich bestritten. Bei dem Anschlag wurde glücklicherweise niemand verletzt. Während die jordanischen Sicherheitskräfte bezüglich der Hintermänner des Anschlags noch im Dunkeln zu tappen scheinen, haben israelische Sicherheitskräfte damit begonnen, die Sicherheitsvorkehrungen an der israeli-

schen Botschaft in Amman mit dem Ziel, diese zum Schutz israelischer Diplomaten in Jordanien weiter zu erhöhen, zu untersuchen. Gleichwohl es in den zurückliegenden Jahren, d. h. seit dem Friedensabkommen zwischen Jordanien und Israel im Jahre 1994, immer wieder zu Drohungen gegenüber Israel und israelischen Besuchern in Jordanien gekommen ist, ist dieser jüngste Anschlag in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzen. Aus dem Umfeld der jordanischen Sicherheitskräfte war zu hören, dass man hinter dem Anschlag eine Gruppe vermutet, die entweder Al-Qaida oder einer militanten palästinensischen Zelle nahe steht.

Darüber hinaus ist dies innerhalb eines Monats bereits das zweite Mal, dass sich der jordanische Geheimdienst Mukhabarat, der bisher als sehr effizient eingeschätzt worden ist und der sich u. a. um die Stabilität Jordaniens während des 'Schwarzen September' im Jahre 1970 verdient gemacht hat (der Mukhabarat war es im übrigen auch, der die USA im Sommer 2001 vor einem Anschlag gewarnt hat, in dem Flugzeuge eine Rolle spielen sollten – am 11. September 2001 kam es dann zu dem verheerenden Anschlag auf die Türme des World Trade Centers in New York), eine empfindliche Blöße gegeben hat. In der Gesamtschau unter Berücksichtigung weiterer Berichte und Informationen stimmt dies nachdenklich.

2.2 Libanon:

156 Tage nach den Parlamentswahlen vom 07. Juni 2009 hat der Libanon seit dem 10. November 2009 wieder eine Regierung.

Nach Überwindung einer Reihe von Schwierigkeiten, derentwegen der neue Premierminister Saad Hariri, Sohn des im Februar 2005 durch einen Sprengstoffanschlag in Beirut ums Leben gekommenen früheren libanesischen Premierministers Rafik Hariri, am 10. September 2009 den von Staatspräsident Michel Suleiman erhaltenen Auftrag zur Bildung einer Regierung sogar einmal zurückgegeben hatte (bevor er am 16. September 2009 vom libanesischen Staatspräsidenten zum zweiten Mal mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt worden war), war es diesem gelungen, mit allen Parteien einen Kompromiss derart auszuhandeln, dass die Regierung der nationalen Einheit, die im Juli 2008 als Ergebnis der Gespräche von Doha / Qatar gebildet worden war, fortgesetzt werden konnte.

Nach fünfmonatigen zähen Verhandlungen hat die Opposition unter Führung der Hisbollah der Fortführung der Regierung der nationalen Einheit zugestimmt. Die jüngsten Verbesserungen der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Syrien (Saad Hariri und sein Bündnis des 14. März wird von Saudi-Arabien und den USA unterstützt, während das Bündnis des 08. März unter Führung der Hisbollah – mit Hassan Nasrallah an der Spitze – enge Beziehungen zu Syrien unterhält) dürften hierbei ganz wesentlich zum Durchbruch bei den Gesprächen zur Bildung einer neuen Regierung beigetragen haben.

Während es, wie nach Wahlen in vielen anderen Ländern auch, darum ging, die Besetzung der insgesamt 30 Ministerposten sorgsam nach Parteizugehörigkeit auszutarieren, kommt im Libanon seit jeher erschwerend hinzu, diese Austarierung zusätzlich noch nach Religionszugehörigkeit vornehmen zu müssen (zumal Schiiten, Sunniten und Christen im Libanon nicht einfach dem Regierungs- oder Oppositionslager zugerechnet werden können, da z. B. die christlichen Maroniten seit geraumer Zeit in zwei Flügel, einen um Michel Aoun – der dem Oppositionsbündnis des 08. März angehört – und einen um Samir Geagea – der dem Regierungsbündnis des 14. März angehört –, gespalten sind).

Um seinem Auftrag, eine neue Regierung zu bilden, gerecht werden zu können, musste Hariri zunächst Teile seiner Verbündeten, die 'Phalange Partei' der christlichen Maroniten –

1936 von Pierre Gemayel nach dem Vorbild des europäischen Faschismus gegründet und aktuell von dessen Sohn, dem früheren libanesischen Staatspräsidenten Amin Gemayel, dessen Sohn, Industrieminister Pierre Gemayel, im November 2006 ermordet worden ist, geführt –, die christliche 'Lebanese Forces' – 1977 von einem weiteren Sohn Pierre Gemayels, dem 1982 zum libanesischen Staatspräsidenten gewählten Baschir Gemayel (der noch vor Antritt des Amtes und nur wenige Tage nach seiner Wahl ermordet worden ist und an dessen Stelle sein älterer Bruder, Amin Gemayel, das Amt übernommen hat) gegründet und seit 1986 von Samir Geagea geführt sowie den Abgeordneten Boutros Harb aus der Küstenstadt Batroun – in der die Bevölkerung überwiegend der katholisch-maronitischen und griechisch-orthodoxen Kirche zugehörig ist –, der im Juni 2009 neu ins libanesisches Parlament eingezogen ist (und dabei dem Schwiegersohn von Michel Aoun, Gebran Bassil, das Mandat, das dieser bis dahin innehatte, abgenommen hat), darauf vorbereiten, dass sie nicht die Ministerien übernehmen konnten, die sie für sich reklamiert hatten.

Nach dem gefundenen Kompromiss wurden dem Bündnis von Saad Hariri (14. März), das die Parlamentswahlen vom 07. Juni 2009 deutlich gewonnen hatte (71 von 128 Sitzen), 15 der insgesamt 30 Ministerposten zuteil. Zu den Ministerien, die künftig von Ministern des pro-westlichen Bündnisses geführt werden, gehören u. a. das Finanz-, Informations-, Erziehungs- und Umweltministerium (für das 'Future Movement' von Saad Hariri), das Arbeitsministerium für Boutros Harb (der ursprünglich das Justizministerium beansprucht hatte), das Wirtschaftsministerium (für den 'Tripoli-Block'), das Sozial- anstatt des Erziehungsministeriums (für die 'Phalange Partei'), das Justiz- und Kulturministerium (für die 'Lebanese Forces') sowie die Ministerien für den Öffentlichen Dienst und die Vertriebenen (für die 'Sozialistische Partei' der Drusen unter Walid Dschumblatt).

Das Bündnis unter Führung der Hisbollah (08. März), das bei den Parlamentswahlen vom 07. Juni 2009 insgesamt 57 Sitze errungen hatte, erhielt 10 der insgesamt 30 Ministerposten. Dazu gehören u. a. das Außen-, Gesundheits- und Sportministerium (für die 'Amal-Miliz' von Parlamentspräsident Nabih Berrī), das Industrie-, Tourismus-, Energie- und Telekommunikationsministerium (für das 'Free Patriotic Movement' der christlichen Maroniten unter Michel Aoun) und das Landwirtschaftsministerium sowie das Ministerium für die Entwicklung der öffentlichen Verwaltung (für die Hisbollah unter Hassan Nasrallah).

Fünf Ministerien wurden durch den libanesischen Staatspräsidenten neutral besetzt.

Mit dem gefundenen Kompromiss wurde erreicht, dass weder das Regierungs- noch das Oppositionsbündnis über ein Veto-Recht im Parlament verfügen.

Kenner des Libanon sowie unabhängige libanesischen Analysten kommen in ihrer Bewertung der neuen Regierung zu dem Schluss, dass die Opposition sich durch geschicktes Taktieren am Ende dahingehend durchgesetzt hat, als dass sie überwiegend das bekommen hat, was sie gewollt hat. So setzte sich u. a. Michel Aoun mit seiner Forderung nach dem Amt des unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten äußerst interessanten Telekommunikationsministeriums durch, auch wenn er dabei seine ursprüngliche Forderung nicht durchsetzen konnte, dieses Amt – wie in der vorherigen Regierung – mit seinem Schwiegersohn Gebran Bassil, der bei den Wahlen vom 07. Juni 2009 sein Parlamentsmandat an Boutros Harb verloren hatte, zu besetzen. Er erhielt stattdessen das unter finanziellen Gesichtspunkten sicher auch nicht uninteressante Energieministerium.

Am 11. November 2009 wurden die Minister der neuen Regierung von Saad Hariri von Präsident Michel Suleiman vereidigt.

Was das neue Regierungsprogramm angeht, so hat man sich auf ein 11-köpfiges Gremium, das sich aus Vertretern beider Lager zusammensetzt, verständigt. Es hat den Auftrag, die Details auszuarbeiten. Die Umsetzung der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrates, die

die Entwaffnung der Hisbollah beinhaltet, gehört nicht dazu. Auf Druck der Hisbollah, deren Führer Hassan Nasrallah im November 2009 – seit 1992 – zum sechsten Mal in ununterbrochener Folge im Amt bestätigt worden ist, hat das neue libanesische Kabinett dieser zugestanden, den Widerstand gegen Israel auch künftig bewaffnet führen zu dürfen.

2.3 Syrien:

Eine Reihe hochrangiger Besucher aus dem Westen in Syrien sowie das sich überaus positiv entwickelnde Verhältnis zwischen Syrien und der Türkei hat in Syrien zu der Einschätzung geführt, in Bälde in das seit Jahren auf Eis gelegte Partnerschaftsprogramm der Europäischen Union aufgenommen werden zu können. Die ursprünglich seitens der EU für den 26. Oktober 2009 geplante Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens wurde überraschend seitens Syriens mit der Begründung verschoben, die diesbezüglich zu erfüllenden Bedingungen unter dem Gesichtspunkt der syrischen Interessen noch einmal überprüfen zu müssen. Ein 2004 zwischen der EU und Syrien unterzeichneter Entwurf für ein Partnerschaftsabkommen wurde von einer Reihe europäischer Staaten mit dem Verweis auf die Verletzung von Menschenrechten in Syrien nicht ratifiziert.

In der Folge hat sich Syrien erfolgreich um den Aufbau guter Beziehungen in der Region bemüht. Mit der Türkei, mit der die Beziehungen in den 80er- und 90er Jahren u. a. aufgrund des bewaffnet ausgetragenen Konflikts der kurdischen Arbeiterpartei PKK mit den türkischen Sicherheitskräften – bei dem Syrien deutliche Unterstützung der Position der Kurden hat erkennen lassen – alles andere als gut gewesen waren, haben sich die Beziehungen in den zurückliegenden Monaten überaus positiv entwickelt. Im April 2009 führten beide Länder zum ersten Mal gemeinsame militärische Manöver durch, nachdem die Türkei zuvor die langjährigen Manöver mit Israel ausgesetzt hatte (als Reaktion auf den von Israel im Dezember 2008 bzw. Januar 2009 geführten Krieg im Gazastreifen). Die Türkei hatte ihrerseits in 2008 versucht, die Friedensgespräche zwischen Syrien und Israel durch indirekte Gespräche in Istanbul wieder in Gang zu bringen (die zuvor von den USA vermittelten Friedensgespräche waren im Jahre 2000 eingefroren worden). Der Krieg im Gazastreifen hatte jedoch zur Folge, dass die Türkei ihr diesbezügliches Engagement im Dezember 2008 eingestellt hat (für die Wiederaufnahme der Gespräche, an der Israel im Gegensatz zu Syrien Interesse zu haben scheint, wünscht Israel jedoch Frankreich und nicht die Türkei als Vermittler, ein weiteres Indiz für die deutlich abgekühlten Beziehungen zwischen beiden Ländern). Die guten Beziehungen Syriens zu der wirtschaftlich starken Türkei machen es aus Sicht Syriens weniger notwendig, zu Europa engere Beziehungen aufzubauen – noch dazu nicht um jeden Preis. Zu dieser Einschätzung kommt zumindest der Direktor des angesehenen Instituts für Nah-Ost-Analysen in Dubai, Riad Qahwaji. Mit Blick auf die europäischen Forderungen nach Einhaltung der Menschenrechte muss Syrien nach Einschätzung von Riad Qahwaji nunmehr keine politischen Zugeständnisse mehr machen, die es nicht machen möchte (was nichts anderes heißt, als dass die Türkei in der Frage der Einhaltung der Menschenrechte keine Forderungen gegenüber Syrien erhebt bzw. dieses Thema erst gar nicht thematisiert – ein Thema, das bekanntlich auch die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union nachhaltig belastet, da auch in der Türkei die Einhaltung der Menschenrechte immer wieder angemahnt wird).

Seitdem der amerikanische Präsident Barack Obama heißt (sein Vorgänger, George W. Bush Junior, hatte Syrien noch der Achse des Bösen zugehörig bezeichnet), haben insbesondere die USA und Frankreich immer wieder betont, welch' konstruktive Rolle Syrien im Nachkriegs-Irak (zu dem die Beziehungen wegen einer Reihe von Anschlägen in Bagdad, hinter denen der irakische Premierminister Nouri al-Maliki Syrien vermutete – oder aber Angehörige der irakischen Baath-Partei des hingerichteten früheren irakischen Staatspräsidenten Saddam Hussein, denen in Syrien Unterschlupf gewährt wird –, 2009 alles andere als gut waren), im Libanon und im Friedensprozess des Nahen Ostens spielen könnte. Dies

hat das Selbstbewusstsein Syriens nachhaltig gestärkt. Der syrische Staatspräsident Baschar al-Assad betonte in einem Interview, dass der neue amerikanische Präsident zwar einen neuen Ansatz gegenüber Syrien (und der arabischen und muslimischen Welt) verfolgt, dass dieser neue Ansatz aber noch deutlich Platz für weitere Verbesserungen beinhaltet (so sind die diplomatischen Beziehungen der USA zu Syrien, die bereits vor Monaten durch die Entsendung eines neuen amerikanischen Botschafters nach Syrien aufgewertet werden sollten, ins Stocken geraten). Er wird in diesem Interview auch mit den Worten zitiert: "Man kann nur schwerlich sagen, dass in Bezug auf die Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen den USA und Syrien große Schritte unternommen worden sind". Im Gegenzug hat die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton im Rahmen einer Reise durch den Nahen Osten – die sie allerdings nicht nach Syrien geführt hat – im November 2009 betont, dass dringende Veränderungen im Verhalten Syriens notwendig sind.

Am 12. November 2009, nur wenige Tage nach der Bildung einer neuen Regierung im Libanon, hat der libanesische Staatspräsident Michel Suleiman – zum zweiten Mal seit seinem Amtsantritt im Mai 2008 – Syrien besucht. In einer gemeinsamen Pressekonferenz betonten beide Staatspräsidenten die Fortschritte, die der Libanon in den vergangenen Monaten gemacht hat (gemeint waren hiermit die gewaltfreie Durchführung der Parlamentswahlen im Juni 2009 sowie die jüngste Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die allerdings ohne "Fremdeinwirkung" in Bezug auf eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Saudi-Arabien und Syrien nicht möglich gewesen wären und deshalb auch mehr als fünf Monate in Anspruch genommen haben). Sie betonten ferner, in der Bewertung einer Reihe regionaler und internationaler Sachverhalte übereinzustimmen. Syrien war annähernd 30 Jahre – vom Beginn des libanesischen Bürgerkriegs im Jahre 1975 bis zum nicht ganz freiwilligen Abzug des syrischen Militärs in Folge der Ermordung Rafik Hariris im Jahre 2005 – als Schutzmacht des Libanon aufgetreten. Von nicht wenigen Libanesen wird Syrien auch heute noch Einmischung in die libanesische Politik vorgeworfen, was mit Blick auf die Hisbollah, die seitens Syriens unterstützt wird, nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Trotz wiederholter Dementis wird Syrien nach wie vor verdächtigt, in die Ermordung Rafik Hariris verwickelt gewesen zu sein. Umso beachtlicher ist, dass der neue libanesische Premierminister Saad Hariri, ein Sohn des 2005 ermordeten Rafik Hariri, Syrien – nach Saudi-Arabien – als zweitem Land nach seiner Ernennung zum Premierminister am 19. und 20. Dezember 2009 einen Antrittsbesuch abgestattet hat. Er wollte damit ganz bewusst ein Zeichen dahingehend setzen, dass die Vergangenheit beider Länder die Gegenwart und Zukunft nicht über Gebühr belasten soll. Hariri wurde vom syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad überaus freundlich empfangen. Politische Beobachter gehen davon aus, dass mit dem Verlauf des Besuches das Eis zwischen beiden Ländern gebrochen ist und einer von gemeinsamen Interessen geprägten Zusammenarbeit in der Zukunft nichts Wesentliches im Wege stehen dürfte. Am 16. März 2009 wehte zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit beider Staaten die libanesische Flagge über einer Botschaft des Libanon in Damaskus. Am 24. März 2009 überreichte der erste syrische Botschafter im Libanon, Ali Abdelkarim Ali, dem libanesischen Staatspräsidenten sein Akkreditierungsschreiben.

Am 12. Dezember 2009 ist der jüngere Bruder des syrischen Staatspräsidenten Baschar al-Assad, Majd Hafez al-Assad, im Alter von nur 43 Jahren nach längerer chronischer Krankheit verstorben.

Am 17. Dezember 2009 ist der frühere syrische Staatspräsident Amin Hafez im Alter von 89 Jahren in Damaskus verstorben. Hafez, der 1963 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen war, wurde seinerseits bereits 1966 wieder von Angehörigen der syrischen Baath-Partei aus dem Amt geputscht. Einer der damals an dem Putsch Beteiligten war der Vater des heutigen syrischen Staatspräsidenten, Hafez al-Assad, der in der darauf folgen-

den Regierung der Baath-Partei Verteidigungsminister und damit der eigentliche starke Mann der Regierung wurde. Mit einem neuerlichen Staatsstreich setzte er sich 1971, bis zu seinem Tod im Jahre 2000, endgültig als Staatspräsident an die Spitze des Staates. Der verstorbene Amin Hafez hat von 1966 bis zum Sturz Saddam Husseins im Irak gelebt. Nach dem Einmarsch amerikanischer Streitkräfte im Irak ist er nach Syrien zurückgekehrt.

Im Rahmen des viertägigen Besuchs des iranischen Verteidigungsministers Ahmad Vahidi in Syrien haben beide Länder in Person ihrer Verteidigungsminister am 09. Dezember 2009 ein Abkommen unterzeichnet, das die Verteidigungszusammenarbeit beider Länder festigen soll. Neben einer stärkeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung umfasst das Abkommen auch die Verpflichtung, dem jeweils anderen Staat im Falle eines Angriffs von außen zu Hilfe zu kommen. Über den Besuch des iranischen Ministers und das unterzeichnete Abkommen wurde in der syrischen Presse wenig berichtet. Dem Abkommen selbst wird keine große Bedeutung beigemessen. Es soll auf Wunsch des Iran zustande gekommen sein und für Syrien mehr ein politisches Signal dahingehend sein, dass man nicht – wie vom Westen gefordert – dazu bereit ist, auf mehr Distanz zum Iran zu gehen (Syrien unterstützt auch ganz ausdrücklich das Recht des Iran, Uran – für die friedliche Nutzung der Atomkraft – selbst anzureichern). Beobachter kommen zu dem Ergebnis, dass die Beziehungen zwischen dem Iran und Syrien einzig von den jeweiligen Vorteilen geprägt sind und solange Bestand haben werden, wie beide sich davon Vorteile versprechen. Eine Beeinflussung der Beziehungen beider Staaten aufgrund der Forderungen Amerikas, des Westens, Israels oder aber auch arabischer Staaten wird weitgehend ausgeschlossen.

Nachdem der syrische Staatspräsident Baschar al-Assad im März 2009 Jordanien zum ersten Mal seit mehr als fünf Jahren wieder einen Besuch abgestattet hat, willte der jordanische König Abdullah II. alleine im zweiten Halbjahr 2009 mindestens zweimal zu Besuch in Syrien. Auf dem Gipfel der Arabischen Liga im März 2008 in Damaskus war Jordanien noch mit einer niedrigrangigen Delegation präsent und es ist auch kein Geheimnis, dass es bisher um die politischen Beziehungen zwischen beiden Staaten u. a. durch die Tatsache, dass Jordanien enge Kontakte zum Westen pflegt, nicht immer bestens bestellt war. Diese Situation hat sich seit 2008 zunehmend verändert. Eine Reihe von Handelsabkommen sowie Erleichterungen im Reiseverkehr zwischen beiden Ländern (Abschaffung der Visumpflicht, Abschaffung der Ausreisesteuern etc.), die im Oktober und November 2009 zwischen beiden Staaten vereinbart worden sind, wurden bei der Bevölkerung beider Länder überaus positiv aufgenommen (der Reiseverkehr zwischen beiden Staaten ist seit jeher stark ausgeprägt). Während der Handel zwischen beiden Staaten sich im Jahre 2000 noch auf rund 48 Millionen Euro belaufen hat, hat sich dieser bis 2008 um mehr als 700% auf rund 412 Millionen Euro erhöht (die jordanischen Exporte nach Syrien haben sich im gleichen Zeitraum um mehr als 900% erhöht und die Exporte Syriens nach Jordanien sind in dieser Zeit um rund 670% gestiegen). Mit den jetzt unterzeichneten Abkommen sollen die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern noch einmal einen kräftigen Schub bekommen, so zumindest der ausdrückliche Wunsch der Premierminister beider Länder, Nader al-Dahabi und Naji Otri, den diese in einer gemeinsamen Pressekonferenz nach Unterzeichnung der Abkommen kundtaten.

Amman, den 20. Januar 2010

Thomas Gebhard

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ

AUTOR: THOMAS GEBHARD, PROJEKTLEITER JORDANIEN, LIBANON, SYRIEN

REDAKTION:

LAZARETTSTRASSE 33 - 80636 MÜNCHEN -

TEL.: +49 (0)89 1258-0 - FAX: +49 (0)89 1258-359

E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE - HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 20. JANUAR 2010